

Protokoll

**12. öffentliche Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung
vom 04.03.2019, Luchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 11. Ausschusssitzung vom 21.11.2018
- 2. Aussprache zum Schreiben der Gemeinde Gusborn - Ortsverbindungswege in der Gemeinde Gusborn
- 3. Jahresbericht 2018 des Fachdienstes Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege 2019/177
- 4. Information zum Sachstand der Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Masterplan 100 % Klimaschutz" (ständiger TOP)
- 5. Weiterführung des Umweltmanagementsystems (EMAS) am Standort Altmarktstraße 9 2019/173
- 6. Weiteres Vorgehen Annahme belasteter Boden auf der Zentraldeponie Woltersdorf 2019/175
- 7. Entscheidung über die Einführung eines dezentralen Sammelsystems für Bioabfälle 2019/174
- 8. Einwohnerfragestunde
- 9. Mitteilungen und Anfragen; Kenntnisnahmen

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 11.
- 12.
- 13.
- 14.

Anwesend:

KTA Hildebrandt, Holger - Vorsitzender
KTA Siemke, Jörg Heinrich - stellvertr. Vorsitzender
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Behrens, Karl
KTA Hanke, Herbert
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Mutzel, Bettina
KTA Petersen, Andreas
KTA Schulz, Henning
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Hensel, Thorsten
Gehling, Wilfried - beratendes Mitglied
Weigel, Heinz Günter - beratendes Mitglied
Kreisbauoberrätin Stellmann, Maria
Haacke, Manfred - FDL Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege
Unterste-Wilms, Martin - FDL Abfallwirtschaft
Schulz, Ernst-August – FDL Wasserwirtschaft und Kreisstraßen (zeitweise anwesend)
Bostel, Wilhelm - FDL Abfallwirtschaft
Hamouz, Mandy – Stabsstelle Controlling
Weinand, Daniela - Klimamanagement
Müller, Kathleen - FDL Abfallwirtschaft / Protokollführung

Es fehlen:

KTA Schoning, Markus entschuldigt
KTA Sperling, Udo entschuldigt
Beecken, David Christian - beratendes Mitglied entschuldigt

Beginn:

15:00 Uhr

Ende:

17:37 Uhr

nichtöffentlicher Teil

17.05.17 37 Uhr

Öffentlicher Teil

| |
|---|
| <p>. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</p> |
|---|

Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt eröffnet die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

| |
|---|
| <p>1. Genehmigung des Protokolls der 11. Ausschusssitzung vom 21.11.2018</p> |
|---|

Abstimmungsergebnis zurückgestellt

| |
|--|
| <p>2. Aussprache zum Schreiben der Gemeinde Gusborn - Ortsverbindungswege in der Gemeinde Gusborn</p> |
|--|

FDL Schulz erläutert den Sachverhalt. Er äußert, dass aus seiner Sicht, die Gemeinde oder Samtgemeinde dafür da sei, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und nicht seitens des Landkreises eine Umstufung von Kreisstraßen vorzunehmen wäre.

KTA Behrens stellt dar, dass für ihn eine Umstufung der Straße nur infrage käme, wenn die Gemeinde Gusborn die Straße zu einer Kreisstraße ausbaue. Vorausgesetzt im Gegenzug werde eine Straße des Landkreises von der Gemeinde übernommen.

KTA Siemke teilt mit, dass die Samtgemeinde Elbtalaue den gleichen Antrag erhalten habe. Dort wurde die Empfehlung abgegeben, das Problem im bestehenden Straßennetz zu lösen, nicht durch Umwidmung oder andere Dinge.

KTA Siemke beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, um Uwe Beckmann als Ortsansässigen anzuhören.

Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt unterbricht nach einstimmiger Abstimmung die Sitzung um 15.07 Uhr.

Herr Uwe Beckmann teilt mit, dass das Problem seit Jahren bekannt sei, dass die Gemeinde Gusborn sowie die Ortschaften Quickborn, Gusborn und Zadrau besonders durch den überörtlichen Durchgangsverkehr der B191 leiden. Der Versuch sei da, das Ganze durch die Gemeinde Gusborn sowie die Samtgemeinde Elbtalaue zu regeln, aber auch der Landkreis sei seiner Meinung nach gefordert. Es müsse überlegt werden, wie der überörtliche Verkehr möglicherweise durch Beschilderung oder durch Kreisstraßenausschilderung langsamer in die Ortschaften fließe.

Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt eröffnet die Sitzung um 15.10 Uhr.

KTA Siemke schlägt folgende Beschlussempfehlung vor.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg unterstützt die Gebietskörperschaften Samtgemeinde Elbtalaue und die Gemeinde Gusborn bei der Umsetzung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in den betroffenen Straßen durch gegebenenfalls zusätzliche Beschilderung um den Verkehr über die dafür vorgesehenen Strecken in das Zentrum von Wolfsburg, Braunschweig usw. umzuleiten.

Abstimmungsergebnis einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

3. Jahresbericht 2018 des Fachdienstes Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege 2019/177

FDL Haacke erläutert den Jahresbericht 2018 des Fachdienstes Bauordnung, Immissionsschutz und Denkmalpflege anhand der Sitzungsvorlage.

KTA Hensel erfragt, wo **FDL Haacke** Möglichkeiten sehe, die Genehmigungszeiten der Bauanträge noch weiter zu reduzieren.

FDL Haacke teilt hierzu mit, dass die Entwürfe besser werden könnten. Es müsse zu viel nachgearbeitet werden. Mehr Personal brauche es seiner Meinung nach nicht

KTA Tzscheutschler möchte wissen, ob mittlerweile alle Gemeinden im Landkreis an dem elektronischen Verfahren angeschlossen seien

FDL Haacke bejaht dies

KTA Hensel erfragt zum Stichwort „Wohnbau“, wo Möglichkeiten gesehen werden, mehr Wohnraum im Landkreis zu schaffen. Gerade an Wohnungen fehle es

FDL Haacke erklärt, dass es schwierig sei, vor allem von den Kosten her im vorhandenen Bestand umzubauen. Hier müsse mehr passieren. Eine Forderung von 30 % wie in den 19 Dörfern in der Samtgemeinde Luchow werde gern genutzt. Die Konjunktur ziehe an, aber für das grundsätzliche Problem gebe es derzeit keine Lösung

Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt äußert, dass ein Discounter im hiesigen Landkreis derzeit abgerissen und mit neuer Grundfläche gebaut werde. Er möchte von **FDL Haacke** wissen, ob die Möglichkeit bestünde, zu sagen, dies sei städtischer Bereich, hier müsse mehrgeschossig bebaut werden, um Wohnraum zu schaffen und das Innenstadtbild zu verdichten

FDL Haacke erklärt, dass dies Aufgabe der jeweiligen Samtgemeinde/Gemeinde wäre, eine vorausschauende stadtebauliche Entwicklung einzuleiten. Jedoch gebe es hierfür keine Sachbearbeiter

Beratendes Mitglied Gehling hinterfragt den Sachstand nach dem Brand im Zentrum von Dannenberg

FDL Haacke teilt mit, dass die Entscheidungskette Eigentümer, Stadt Dannenberg dann der Landkreis Luchow-Dannenberg sei. Seit Dezember werden hierzu monatlich Vorgespräche geführt. Der Ball liege derzeit in der Hand des Eigentümers. Zu Terminen und Zeitplänen könne er daher noch nichts sagen

KTA Behrens teilt mit, dass er das Wohnraumproblem nicht so dramatisch sehe wie **KTA Hensel**. Seiner Meinung nach gebe es zum Beispiel in der Luchower Innenstadt genug leere Häuser

KTA Siemke merkt zu der Aussage von **KTA Behrens** an, dass es ein riesiges Problem sei, im innerstädtischen Bereich Gebäude in einen Stand der Technik zu versetzen, wie man ihn als angemessenen Wohnraum definiert. Zudem werde die Sanierung eines 40-50 Jahre alten Gebäudes wesentlich teurer als ein Neubau.

Abstimmungsergebnis Kenntnis genommen

4. Information zum Sachstand der Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Masterplan 100 % Klimaschutz" (ständiger TOP)

Frau Weinand gibt einen kurzen Sachstand über die laufenden Projekte der Klimaschutzleitstelle. Sie informiert zum Thema Fahr-Rad Kampagne, die im Frühjahr starte. Hier geht es vor allem darum das Fahrrad mehr auf den Alltagswegen zu nutzen. Die zugesprochenen Gelder hierfür stammen aus der Avacon-Dividende von 2017, die zusätzlich zur Verfügung stehen. Sie informiert, dass im letzten Jahr die Beantragung der sogenannten ausgewählten Maßnahmen angestrebt worden sei. Leider wurde das Projekt biogasbetriebenes Müllfahrzeug seitens der Bundesregierung und des Umweltministeriums verwehrt. Stattdessen wurde eine Sanierungsmaßnahme an der Musikschule in Luchow beantragt. Geplant sei hier eine Holzhackschnitzelheizung

Weiterhin berichtet sie, dass im Herbst eine Sanierungskampagne für private Haushalte starte. Gemeinsam mit den Energieberatern vor Ort werde die Klimaschutzleitstelle Beratungsgutscheine ausgeben. Diese Kampagne werde ebenfalls aus einem Teil der zugesprochenen Gelder der Avacon-Dividende finanziert.

KTA Hensel möchte zum einen wissen, zu wann die Erstellung der Fahrradkarte geplant sei und zum anderen, wie die Verteilung verlaufen solle.

Frau Weinand teilt mit, dass eine Veröffentlichung der Fahrradkarte für Ende April geplant sei. Die Fahrradkarte solle sowohl digital als auch per App/Navigationssystem oder als gedruckte Karte herausgegeben werden. Eine Verteilung sollte über die Klimaschutzleitstelle sowie über die Initiativen erfolgen.

KTA Tzscheutschler erfragt, ob es ein Miteinander mit dem Carsharing Projekt der Samtgemeinde gebe.

Frau Weinand bejaht dies. Sie informiert, dass die Klimaschutzleitstelle auf die Zusammenarbeit mit Partnern angewiesen sei. Zudem sei sie sehr froh, dass sie die Samtgemeinde Luchow für die Umsetzung des Carsharingprojektes gewinnen konnte. Wobei die Samtgemeinde Luchow auch die anderen Samtgemeinden bei ihren Carsharingprojekten berate und betreue.

KTA Hanke erkundigt sich, welche Möglichkeiten es in Bezug auf Sicherheit der Schulwege/Fahrradwege gebe.

Frau Weinand erklärt, dass die Klimaschutzleitstelle zusammen mit dem Fritz-Reuter Gymnasium in Dannenberg dabei sei, zu ermitteln, wo die Schulwege sicher seien.

KTA Hanke bittet um Mitteilung des Versicherungsschutzes von Busfahrkindern, wenn diese mit dem Fahrrad zur Schule fahren.

Anmerkung der Protokollführung

Grundsätzlich stehen Schülerinnen und Schuler auf den unmittelbaren Wegen zur und von der Schule unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Die gesetzliche Vorschrift setzt für den Versicherungsschutz ausdrücklich die Zurücklegung eines „unmittelbaren Weges“ voraus. Daraus folgt, dass es nicht notwendig ist, den kürzesten oder schnellsten Weg zu wählen. Wichtig ist, dass es der direkt (ggf. sicherere) Weg zur versicherten Tätigkeit (hier: Schule) ist, ohne Umwege und/oder Abwege.

Dabei steht es den Schülerinnen und Schülern (zusammen mit den Erziehungsberechtigten) frei, die Art der Zurücklegung zu wählen. Der Versicherungsschutz wird nicht vom gewählten Verkehrsmittel abhängig gemacht.

Die Schulerinnen und Schüler müssen bei der Wahl des Verkehrsmittels auch nicht das schnellste wählen, vielmehr darf auch z. B. das am angenehmsten empfundene ausgesucht werden.

Abstimmungsergebnis Kenntnis genommen

| | |
|--|----------|
| 5. Weiterführung des Umweltmanagementsystems (EMAS) am Standort Altmarkstraße 9 | 2019/173 |
|--|----------|

FDL Unterste-Wilms erklärt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage. Er berichtet, dass im Jahr 2001 aufgrund eines Kreistagsbeschlusses ein Umweltmanagementsystem nach EMAS am Standort Altmarkstraße 9 eingeführt wurde. Nach einer Reformierung im Jahr 2015 wurden zahlreiche neue Aspekte und zu prüfende Punkte in die Agenda aufgenommen, sodass der Zeitaufwand für die Vorbereitung der Prüfung die 10 %-Stellenanteil bei Weitem übersteige. Er möchte wissen, wie mit dem EMAS-System weiter verfahren werden solle.

KTA Klepper bezieht sich auf den Klimaschutz und halt die Weiterführung des Umweltmanagementsystems sowie die Ausweitung des Systems auf die gesamte Kreisverwaltung für durchaus wichtig. Er erfragt, was genau am Standort Altmarkstraße in Sachen Umweltmanagementsystem geschehen sei.

FDL Unterste-Wilms fuhr aus, dass speziell nach Energieeinsparpotenzialen am Standort Altmarkstraße

gesucht wurde. Es fand eine Energieberatung statt, die allerdings nur teilweise aus Kostengründen umgesetzt wurde. Umweltpapier wurde angeschafft, ECO Fahrtraining mit den Fahrern durchgeführt, Leuchten gewechselt, Heizungen erneuert usw.

KTA Tzscheutschler zitiert die Stellungnahme von Frau Weinand: „Es wäre eine Nachfrage beim Projektträger Jülich wert, ob auch eine Ausweitung von einer Abteilung auf die gesamte Verwaltung forderfähig im Sinne der Richtlinie wäre.“ Seiner Meinung nach sei es wichtig, dies parallel durchzuführen. Eine freiwillige Ausweitung des EMAS-Systems auf die gesamte Verwaltung halte er für nicht sinnvoll.

KBOR Stellmann erklärt, dass FDL Unterste-Wilms vom Grundsatz her entsprechend ausgeführt habe, wieso und weshalb es schwierig sei, diese Aufgabe weiter auszuführen. Es fehle an Zeit und Personal um den Anforderungen des EMAS vor Ort gerecht zu werden. Deshalb sei die Frage gestellt worden, ob es Sinn mache das System so weiterzuführen oder ob man ohne Zertifizierung die Umweltstandards umsetzen wolle. Die zweite Frage sei, ob eine Ausweitung auf die gesamte Kreisverwaltung möglich wäre, dies eventuell mit Fördermitteln. Die Zertifizierung sei sehr aufwendig auch schon für eine Abteilung, wenn eine Übertragung auf das gesamte Haus angestrebt sei, werde dies nicht nebenbei machbar sein, sondern nur mit einer Stellenausweitung.

KTA Petersen äußert, dass es sinnvoll sei, über einige Maßnahmen in der gesamten Verwaltung nachzudenken, jedoch brauche es dafür kein Zertifikat. Zudem gebe es die Klimaschutzleitstelle, die hier beratend tätig werden könne.

KTA Hensel befürwortet den Vorschlag von **KBOR Stellmann**, den Beschlussvorschlag um mögliche Fördermöglichkeiten und um Erweiterung des EMAS auf die gesamte Kreisverwaltung zu erweitern.

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum Juni 2019 ein Konzept auszuarbeiten, ob und unter welchen Voraussetzungen das EMAS System am Standort Altmarkstraße 9 erhalten bleiben kann. Dabei sind auch Fördermöglichkeiten und die Möglichkeiten der Erweiterung des EMAS System auf das gesamte Kreishaus entsprechend näher zu beleuchten.

Abstimmungsergebnis geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

| | |
|---|----------|
| 6. Weiteres Vorgehen Annahme belasteter Böden auf der Zentraldeponie Woltersdorf | 2019/175 |
|---|----------|

FDL Unterste-Wilms erklärt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage. Er äußert, dass die Prüfung der Einlagerungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro SWECO stattgefunden habe. Das Ergebnis sei, dass das Vorhaben generell möglich wäre und die Randbedingungen mit den entsprechenden Aufsichtsbehörden abzustimmen seien. Eine Besprechung der beteiligten Behörden erfolgte bereits ohne Landkreisbeteiligung und ergab, dass die Abschnitte, die nach 2009 als DK-I-Abschnitte betrieben werden durften, das heute auch konnten, sowie das für einzelne Teilbereiche Maßnahmen getroffen werden müssten. Eine Vorplanung sollte erarbeitet werden, um die technische Ausführung und notwendigen Investitionen zu bestimmen. Erst danach könne entschieden werden, ob die Maßnahme zur Ausführung kommen solle. Er teilt mit, dass mit einem Ergebnis bis zum September dieses Jahres zu rechnen sei.

KTA Siemke bedankt sich für die Arbeit der Verwaltung und teilt mit, dass das inhaltlich im Grunde das umfasst, was er erwartet hatte, dass wiederverwertbare Boden bis Z2 in Woltersdorf eingelagert werden dürften. Er teilt mit, dass in der Zwischenzeit leider viele kritische Stimmen im Raum Woltersdorf aufgekommen seien. Deswegen bittet er die Verwaltung, den Bürgern von Woltersdorf das Vorhaben nahe zulegen. Unabhängig davon sollte dennoch eine Grundsatzentscheidung über das weitere Vorgehen getroffen werden.

KTA Siemke beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, um Vertreter des Gemeinderates Woltersdorf anzuhören.

FDL Unterste-Wilms teilt mit, dass er bereits einen Termin mit der Gemeinde Woltersdorf wahrgenommen habe und ausführlich über dieses Thema diskutiert wurde. Ein weiterer Termin sei am 12.03.2019 geplant. Auch dort werde er Informationen zu dieser öffentlichen Sitzung an den Gemeinderat Woltersdorf weitergeben.

KTA Klepper stellt klar, dass eine öffentliche Veranstaltung der Kreisverwaltung zu der Thematik mehr

Gewichtung habe.

KTA Siemke widerspricht dem Er halt eine Bürgerbeteiligung für gerechtfertigt, wenn die Vorplanungen abgeschlossen sind.

*Der Ausschussvorsitzende **KTA Hildebrandt** unterbricht nach einstimmiger Abstimmung die Sitzung um 16:23 Uhr*

Herr Fred Gunter Bade, stellvertretender Bürgermeister von Woltersdorf, teilt mit, dass alle Bürger sowie der Rat der Gemeinde Woltersdorf der Ablagerung widersprechen. Seit Jahrzehnten seien die Bürger durch die Muldeponie belastet, sei es durch Geruchsimmissionen, An-/Abfuhrverkehr, Lärm oder Müll in den Seitenrändern. Zudem sei nicht zu verstehen, warum nicht daran gedacht werde, einen anderen Standort vielleicht auch zentraler zu wählen.

Herr Jürgen Stolpe Einwohner von Woltersdorf bittet um Aufklärung der Bevölkerung, damit es nicht zu weiteren Gerüchten komme. Viele Bürger Woltersdorfs fühlen sich einfach „verappelt“.

Herr Fred Gunter Bade bittet um Suche von weiteren Grundstücken/Standorten, um den Bürger zu beruhigen.

FDL Unterste-Wilms teilt mit, dass ein Standortsuchverfahren nur infrage käme, wenn es noch keinen Standort gebe.

Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt wirft ein, dass es doch im Rahmen des Verfahrens zu einem Standortsuchverfahren kommen könnte.

FDL Unterste-Wilms rechnet nicht damit.

Herr Peter Jabelmann Fraktionsvorsitzender UL äußert, dass der Rat zu 100 % dagegen stehe. Keiner im Rat hatte je gedacht, dass der Kreis in eine Vorplanung zur Bebauung der jetzigen Deponie gehe. Bevor 60.000 Euro für eine Vorplanung ausgegeben werden, sollte die Öffentlichkeit mit einbezogen werden. Die Verkehrsbelastung sei das geringste Übel, wichtig sei zu wissen, was auf der Deponie entstehe.

***Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt** eröffnet die Sitzung um 16:35 Uhr*

KTA Klepper teilt mit, dass die Konsequenz aus den Vorträgen sein müsse, den Beschluss zu vertagen.

KTA Siemke erfragt, warum die Fraktionssitzung am 12.03.2019 nicht einfach öffentlich gemacht werde.

KTA Klepper stellt den Antrag, eine öffentliche Versammlung mit Informationen der Kreisverwaltung zu machen und den Beschluss zu vertagen.

FDL Unterste-Wilms stellt klar, dass er gerne Rede und Antwort stehen kann. Nur sind die Informationen noch nicht so aussagekräftig, sondern auf dem derzeitigen Stand.

KTA Siemke schildert, dass in der letzten Sitzung die Beschlussempfehlung gefasst wurde, bis zum 31.03.2019 zu prüfen, ob Woltersdorf generell als Standort möglich sei und für den Fall, wenn nicht alternative Standorte zu benennen. Jetzt, wo der Landkreis wisse, dass die Deponie als Standort infrage käme, sei es auch legitim genau das dem Bürger von Woltersdorf vorzustellen. Wenn sich dann zeigt, dass Woltersdorf nicht geeignet sei, müsse nach Alternativen gesucht werden.

KTA Behrens schließt sich der Meinung von **KTA Klepper** an, erst nach der öffentlichen Versammlung einen Beschluss zu fassen.

KTA Hensel äußert, dass es wichtig sei, die Bürgerbeteiligung so früh wie möglich durchzuführen. Dennoch schlägt er vor, den Beschlussvorschlag aufrechtzuerhalten.

KBOR Stellmann stellt klar, dass es in dem Beschlussvorschlag nur um die Einholung von Angeboten zur Durchführung einer Vorplanung gehe. Es ginge hier nicht um eine Auftragsvergabe. Parallel dazu könne natürlich eine öffentliche Veranstaltung stattfinden.

KTA Tzscheutschler stellt klar, dass jeder diese Sitzung wünsche, aber die Frage wäre, wer Einladender sei.

KBOR Stellmann äußert, dass es zwei Wege gebe, entweder lädt die Gemeinde Woltersdorf oder die Kreisverwaltung ein Herr Unterste-Wilms könne sonst auch gerne bei der interfraktionellen Sitzung am 12.03.2019 besprechen, welcher Weg der Beste sei, um möglichst viele Bürger zu erreichen. Der Kreisverwaltung sei offen für beide Varianten.

KTA Tzscheutschler teilt mit, dass das Zeitfenster dann so sei, erst die interfraktionelle Sitzung in Woltersdorf dann die öffentliche Veranstaltung

KTA Siemke bittet um Ergänzung der Beschlussempfehlung wie folgt
Parallel dazu wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Rat Woltersdorf einen Termin für eine öffentliche Bürgerbeteiligung zeitnah abzustimmen

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote zur Durchführung einer Vorplanung von Baumaßnahmen für die Einlagerungsbereiche auf der Deponie Woltersdorf einzuholen und einen Vergabevorschlag vorzubereiten.

Parallel dazu wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Rat Woltersdorf einen Termin für eine öffentliche Bürgerbeteiligung zeitnah abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 11 Nein-Stimmen 0 Enthaltung 0

| | |
|--|----------|
| 7. Entscheidung über die Einführung eines dezentralen Sammelsystems für Bioabfälle | 2019/174 |
|--|----------|

FDL Unterste-Wilms trägt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor. Er berichtet, dass nachdem das Land sein Handeln angekündigt habe, kommunalrechtlich tätig zu werden, der Vorschlag innerhalb der Verwaltung geboren wurde, ein dezentrales Sammelsystem mittels Müllschleusen in den Orten Neu Darchau, Hitzacker, Dannenberg, Luchow, Wustrow, Gartow, Schweskau, Clenze und Zernien einzuführen. Wohl wissend, dass das Land fordert, das System kreisweit auszubauen.

KTA Behrens stellt klar, dass die Standorte ja gut sein mögen, aber die Aufstellung neben einem Supermarkt für ihn, aus hygienischen Gründen, nicht vorstellbar sei. Die Grünutplätze waren da die bessere Lösung.

KBOR Stellmann schildert die Vor-/Nachteile des dezentralen Sammelsystems für Bioabfälle. Sie teilt mit, dass die Möglichkeit bestünde, über ein sogenanntes Pilotprojekt im Land Niedersachsen einmalig ein solches System umzusetzen. Besonders in Bezug auf die ländlichen Räume, das Thema Kreislaufwirtschaft und in Sachen Klimaschutz sei dieses System in Niedersachsen einmalig klar sei, dass der Landkreis die Standorte mit der Zeit ausweiten müsse. Dennoch wäre ein Anfang gemacht, um die Gesetzmäßigkeiten für die Sammlung von Bioabfällen zu erfüllen. Einen Versuch sei es ihrer Meinung nach wert, dieses System im Landkreis auszuprobieren.

KTA Siemke hält dieses System für die bisher wirtschaftlichste der vorgestellten Varianten und spricht sich für diese Art der Bioabfallsammlung im Landkreis aus.

KTA Behrens möchte von **FDL Unterste-Wilms** wissen, ob es richtig sei, dass der Landkreis Stendal die Biotonne wieder abschaffe.

Anmerkung der Protokollführung

Die Biotonne im Landkreis Stendal werde nicht abgeschafft. Das derzeitige Gebührenmodell im Landkreis Stendal beruht auf einer Quersubventionierung der Biotonne durch die Restmülltonne. Dieses Modell verleitet die Einwohner dazu, möglichst viel Bioabfall in die braune Tonne zu tun, jedoch die graue Tonne seltener zu nutzen, sodass die Überlegung da gewesen sei, eine separate Gebühr für die Biotonne zu 2020 einzuführen. Der Kreistag in Stendal entschied sich jedoch gegen eine gebührenpflichtige Biotonne.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg führt zum 01.07.2019 die dezentrale Sammlung von Bioabfällen aus Haushaltungen ein. Es werden als Einstieg zunächst 10 zentral gelegene Standorte mit dem Sammelsystem ausgestattet. Weitere Standorte sind in das System zu integrieren. In den zuständigen Gremien wird über das Sammelsystem und die Erfahrungen berichtet und ggfs. weitere Maßnahmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen 1 Enthaltung 0

8. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

9. Mitteilungen und Anfragen; Kenntnisnahmen

KTA Tzscheutschler erfragt, ob er es richtig verstanden habe, dass keiner der 10 Plätze für die dezentrale Sammlung von Bioabfällen aus privaten Haushaltungen beim Maschinenring sei

FDL Unterste-Wilms bejaht dies.

Es lagen keine weiteren Mitteilungen, Anfragen oder Kenntnisnahmen vor

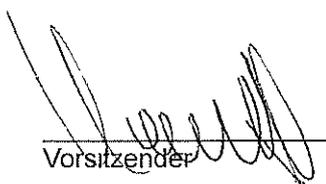
Ausschussvorsitzender KTA Hildebrandt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17 04 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

14. Mitteilungen und Anfragen;

Es lagen keine Mitteilungen, Anfragen oder Kenntnisnahmen vor

Ausschussvorsitzender **KTA Hildebrandt** schließt die 12. Sitzung des Ausschusses Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung um 17 37 Uhr


Vorsitzender


Protokollführung